



Protokoll der 22. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. April 2018, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Büchi Vreni (FDP), Nketia Singoh (SP) und Steinger Pia (CVP/EVP/GLP)

Stadträtin Beeler Marie-Theres

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl von Beeler Dominik (GL) als BPK-Ersatzmitglied und als GPK-Mitglied anstelle von Franke Meret (GL)</i>	2018/79
2. SBB Vierspurausbau - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Kostenbeteiligung an den Bauvorhaben der SBB und Baukredite für die Bauvorhaben der Stadt Liestal; 1. Lesung <i>Beratung in 1. Lesung.</i>	2018/72 2018/72a
3. Brücke Grammetstrasse, Kredit von TCHF 945 für Instandsetzung <i>://: Überweisung von Vorlage an BPK zur Vorberatung.</i>	2018/77
4. Privatschulbesuche, Teilrevision des Reglements über die Gewährung von Beiträgen im Zusammenhang mit dem Besuch privater Schulen vom 28. März 2001 <i>://: Überweisung von Vorlage an SBK zur Vorberatung.</i>	2018/78
5. Schiessanlage Sichten - Zweiter Bericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion <i>://: Vom stadträtlichen Bericht Nr. 2011/196c wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>	2011/196 2011/196a-c
6. Begrünung Bahnhof - Postulat „Begrünung des Bahnhof Liestal bei bestehenden und künftigen Bauten“ von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 8 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i>	2018/76

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder, Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste auf der Tribüne zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Ganz speziell darf zur heutigen Sitzung Einwohnerrat Dominik Beeler der Grünen Fraktion begrüsst werden, welcher als Nachrückender von Meret Franke für die restliche Amtsperiode vom 01. April 2017 - 30. Juni 2020 gewählt wurde.
Michael Durrer (GL) stellt dem Rat als Fraktionspräsident den neuen Ratskollegen kurz vor: Dominik Beeler ist 23 Jahre alt und in Liestal aufgewachsen. Er studiert Geschichte und Islamwissenschaften an der Uni Basel. In seiner Freizeit spielt er gerne Eishockey und Inlinehockey. Er konnte als Co-Präsident vom Jungen Grünen Bündnis Nordwest und vom VCS beider Basel bereits politische Erfahrungen sammeln und freut sich nun auf die Arbeit im Einwohnerrat.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, die Anmeldungen für den diesjährigen Einwohnerratsausflug vom 18. Mai 2018 bis am Schluss der heutigen Sitzung dem Vizepräsidenten und Organisatoren Peter Küng abzugeben.
- Zur Vorberatung der ER-Vorlage Nr. 2018/73 sind vom Büro die Mitglieder der Spezialkommission „Wasser- und Abwasserreglement“ (WAK) gewählt worden. Den Ratsmitgliedern wird nach den Kommissionersatzwahlen an der heutigen Sitzung in den nächsten Tagen noch ein aktualisiertes Kommissionsverzeichnis zur Kenntnisnahme übermittelt.
- Die Einladungen für den Amtsjahr-Schlussessen vom 27. Juni 2018 sind an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden. Den Rückmeldetalon möchte man dem Ratschreiber bis spätestens 30. Mai 2018 abgeben.
- In Anbetracht der überschaubaren Traktandenliste wird es wohl keine Pause geben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, grün
- Amtsjahr-Schlussessen vom 27. Juni 2018, Einladung
- ER-Vorlagen Nr. 2018/81 - Nr. 2018/83 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Lebendiges Stedtli und lokale Wirtschaft, Beitrag - Postulat „Lebendiges Stedtli - lokale Wirtschaft - unser Beitrag“ von Hilman Jackomuthu und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2018/81)
- Velofahrverbot Rathausstrasse - Postulat „Velofahrverbot in der Begegnungszone Rathausstrasse“ von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2018/82)
- Fischmarkt - Interpellation „Wie weiter mit dem Fischmarkt?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2018/83)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|---------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Baumgartner Verena (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt fest, dass dem heutigen Frühlingsmarkt schönstes Wetter und ein zahlreicher Aufmarsch von Besuchern beschieden war. Auch der Genussmarkt vom letzten Samstag war ein schöner Erfolg. Er hofft, dass auch die künftigen Märkte so gut besucht werden.

Traktandenliste

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren betreffend der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst, dass die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 11. April 2018 behandelt werden.

128 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2018/79)

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über den Wahlvorschlag offen und gesamthaft abgestimmt wird.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion werden einstimmig bei 1 Enthaltung folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt.

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Beeler Dominik (GL) anstelle von Franke Meret (GL) als BPK-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Beeler Dominik (GL) anstelle von Franke Meret (GL) als GPK-Mitglied

129 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. SBB Vierspurausbau - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Kostenbeteiligung an den Bauvorhaben der SBB und Baukredite für die Bauvorhaben der Stadt Liestal; 1. Lesung (Nr. 2018/72)

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gemäss § 78 des Einwohnerratsgeschäftes ist dieses Geschäft zweifach zu beraten und somit wird über die Anträge erst nach der zweiten Lesung an der nächsten Sitzung vom 30. Mai 2018 abgestimmt.

An der nächsten Sitzung wird über die verschiedenen Anträge in der Reihenfolge des BPK-Berichtes abgestimmt.

Das Büro ist der Ansicht, dass allfällige zusätzliche Anträge gegebenenfalls aber schon bei der heutigen ersten Lesung thematisiert werden sollten.

Thomas Eugster (FDP) stellt den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/72a vor: Zwischen den beiden BPK-Sitzungen hatten die Fraktionen genügend Zeit, sich zur stadträtlichen Vorlage äussern zu können, was von der BPK bei der Verabschiedung des Kommissionsberichtes auch mitberücksichtigt werden konnte. In diesem Bericht wird unter den Rahmenbedingungen nur auf diejenigen Punkte verwiesen, welche zusätzliche Präzisierungen und Informationen ergänzend zur stadträtlichen Vorlage Nr. 2018/72 mit Beilagen enthalten. Speziell hervorheben möchte er besonders, dass die Velostation und auch die Orisstege mit dem dritten Agglomerationsprogramm eingegeben wurden und mit einem Kostenbeitrag von 40 % gerechnet werden kann. Betreffend den Schwerpunktthemen der BPK-Beratung wird auf die Ausführungen betreffend der Beschlussfassungsreihenfolge über die stadträtlichen Anträge, die Personenunterführung Oristal, Velostation und Orisstege unter Punkt 3.2 des Berichtes verwiesen. Der Antrag eines BPK-Mitgliedes betreffend der Verlängerung des Personenunterführung Oristal ist von der Kommission grossmehrheitlich abgelehnt worden. Dem Rat wird die Annahme der stadträtlichen Anträge empfohlen.

Patrick Mägli (SP) führt aus, dass mit dem Vierspurausbau und dem Bahnhofneubau ein grosser Brocken auf Liestal zukommen wird. Für Liestal ergibt sich damit auch die einmalige Gelegenheit bauliche Anpassungen in der Verkehrsführung im Bahnhofgebiet vornehmen zu können und diese Investitionen werden sich langfristig auszahlen, wovon alle Verkehrsteilnehmer profitieren werden. Das Gesamtkonzept überzeugt seine Fraktion. Bei der Velostation reduzieren sich die grösseren Investitionen dank den Beiträgen aus dem Agglomerationsprogramm auf ein vernünftiges Mass. Auch die beiden Orisstege passen bestens in das Konzept. Die SP-Fraktion kann grossmehrheitlich die Einschätzung des Stadtrates und der BPK betreffend der Oristal-Personenunterführung unterstützen, dass die Projektänderung angesichts des zu erwartenden Nutzens viel zu teuer wäre. Einen allfälligen Zusatzantrag für eine Personenunterführung bei der Oristalstrasse würde man deshalb grossmehrheitlich ablehnen, den übrigen Anträgen des Stadtrates und der BPK jedoch wird man einstimmig zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt im Zusammenhang mit der PU Oristalstrasse, dass sie es regelmässig erlebe, dass Autofahrer trotz Rotlicht bei wartenden Velofahrern die Fussgängerstreifen überfahren. Beinahe wöchentlich erlebt sie dort gefährliche Situationen im Strassenverkehr und angesichts der finanziellen Lage ist die PU-Verlängerung tatsächlich ein „nice to have“, doch die Situation dort ist extrem gefährlich. Ihre Fraktion kann sich auch mit der Abschreibung des diesbezüglich von ihr eingereichten Postulates Nr. 2016/257 einverstanden erklären. Die beiden neuen Orisstege bringen zum Teil ganz neue Erschliessungsmöglichkeiten mit sich und diese Investition in die Zukunft macht durchaus Sinn. Angesichts der finanziellen Lage gibt es in ihrer Fraktion eine gewisse Skepsis wegen der Velo-

station, doch soll die Möglichkeit zur Projektrealisierung genutzt werden, da der Standort einmalig gut ist und beide Seiten der Bahnlinie davon profitieren können. Der diesbezügliche Antrag wird vermutlich nicht von allen Fraktionsmitgliedern unterstützt. Gesamthaft und zusammenfassend werden die verschiedenen stadt eigenen Projekte angesichts des grossen Mehrnutzens für die Bevölkerung von der Mittefraktion unterstützt.

Markus Rudin (SVP) äussert, seine Fraktion habe die Berichte des Stadtrates und der BPK auch angesichts der hohen Folgekosten positiv entgegen genommen. Die PU Oristal findet wegen den hohen Investitionen auch in seiner Fraktion keine Zustimmung, zumal Unterführungen meist schlecht genutzt werden und gegen Verkehrssünder auch mit Überwachungskameras bei Lichtsignalanlagen usw. vorgegangen werden kann. Positiv sind auch die beiden neuen Schwieristege und Sicherternstege aufgenommen worden. Da die Erschliessungswege zum Bahnhof wesentliche Verbesserungen und mit der neuen Velostation auch genügend Parkplätze vorhanden sein werden, dürften vermutlich noch weitere Autofahrer auf das Velo oder E-Bike umsteigen. Im Zusammenhang mit der Velostation hofft man natürlich schon, dass dann die erwarteten Kostenbeiträge vom Agglomerationsprogramm eintreffen werden. Seine Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) betont, dass der Vierspurausbau sowie der komplette Bahnhof-Neubau ein Jahrzehnteereignis sein wird. Damit wird ein wichtiges Zeichen für die prosperierende Kantonshauptstadt Liestal gesetzt. Beim vorliegenden Projekt und grossen Bauvorhaben handelt es sich um ein abgestimmtes System, bei welchem auch frühere Vorstösse geprüft sowie mitberücksichtigt wurden. Es werden verschiedene Weichen gestellt und davon können wesentlich die Fussgänger sowie Velofahrer profitieren. Bei der neuen Velostation wird mit rund 900 Veloabstellplätzen gerechnet und diese verfügt über einen idealen Standort. Wegen der grossen Bautätigkeit im Sicherterngebiet müsste noch überprüft werden, ob die 200 Veloabstellplätze der SBB auf der Südseite genügen. Auch wenn einige Fraktionsmitglieder mit der zusätzlichen PU Oristalstrasse sympathisieren, stimmt man der grossmehrheitlichen Meinung der BPK und des Stadtrates für einen Verzicht auf die Zusatzinvestition von rund 2 Mio. Franken zu. Bei der Lichtsignalüberquerung braucht es aber verkehrsberuhigende Massnahmen, wie sie bereits im BPK-Bericht erwähnt sind. Die Grüne Fraktion wird den BPK-Anträgen einstimmig zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion geschlossen hinter den BPK-Anträgen steht. Der Gesamtumfang der Investitionen für die nächsten Jahre ist erheblich, doch sind diese mindestens auf mehrere Jahre verteilt und werden somit zu einem vertretbaren Aufwand. Auch gegenüber dem Stimmvolk muss kommuniziert werden, dass mit der einmaligen Chance auch wichtige und nachhaltige Projekte der Stadt Liestal für die nächsten Jahrzehnte umgesetzt sowie Zeichen gesetzt werden sollen. Die neue Velostation ist natürlich der grösste Brocken, doch mit der Gegenfinanzierung aus dem Agglomerationsprogramm reduziert sich der Aufwand für Liestal um mehr als die Hälfte. Die Orisstege vervollständigen das neue Verkehrskonzept rund um den Bahnhof ideal und sind wichtige Verbindungen zwischen Ost und West. Mit der PU-Verlängerung Oristalstrasse könnte das Fuder gegenüber dem Stimmvolk überladen werden, das Kosten- und Nutzenverhältnis wird von seiner Fraktion als schlecht eingeschätzt, mit den verschiedenen baulichen Massnahmen dürfte die Verkehrssicherheit beim Bahnhof generell besser werden und Personenunterführungen sind halt generell nicht beliebt. Das Gesamtprojekt gefällt und somit wird seine Fraktion auch den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) begrüsst das Velostation-Projekt sehr und macht beliebt, dass man noch über die Anzahl der Veloabstellplätze und deren Standorte genau informiert wird. Unterstützen und befürworten möchte sie zudem das Votum des Fraktionssprechers der Grünen Fraktion.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass er nach den grundsätzlich positiven Rückmeldungen der Fraktionen doch sehr erleichtert ist. Beim Gesamtprojekt waren über Jahre hinweg zahlreiche Firmen sowie Personen und Mitarbeitende stark involviert auch die BPK hatte sich damit während längerer Zeit damit beschäftigt, wofür er an dieser Stelle allen den besten Dank aussprechen möchte. Betreffend der PU Oristalstrasse möchte er festhalten, dass das Projekt nur vertretbar ist, wenn diese mit einer Liftanlage ausgestattet wird, welche auch von der Stadt Liestal finanziert und betrieben werden müsste. Die verschiedenen Projekte müssen nun koordiniert und gemeinsam realisiert werden, ansonsten wird es ein Flickwerk für die nächsten Generationen. Verschiedene Fragen und Empfehlungen der heutigen Lesung werden vom Stadtbauamt geprüft und können vermutlich schon bei der zweiten Lesung beantwortet werden.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Abstimmung über Anträge nach der 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung.

130 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Brücke Grammetstrasse, Kredit von TCHF 945 für Instandsetzung (Nr. 2018/77)

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen.

Markus Rudin (SVP) berichtet, die BPK sei an einer letzten Kommissionssitzung bereits über das Projekt informiert worden. Seine Fraktion stimme der Vorberatung durch die BPK zu.

Patrick Mägli (SP) sagt, auch die SP-Fraktion befürworte einstimmig die Überweisung der Vorlage an die BPK.

Thomas Eugster (FDP) informiert, auch seine Fraktion unterstütze den Vorschlag des Ratsbüros.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, auch die Mittefraktion stimme der Vorberatung der Vorlage durch die BPK zu.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2018/77 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

131 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Privatschulbesuche, Teilrevision des Reglements über die Gewährung von Beiträgen im Zusammenhang mit dem Besuch privater Schulen vom 28. März 2001 (Nr. 2018/78)

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob das Eintreten auf das Geschäft im Rat bestritten wird.

Verena Baumgartner (GL) stellt den Antrag, dass auf die stadträtliche Vorlage nicht eingetreten wird. Die Stadt Liestal muss ja nicht alles machen, was der Kanton vormacht. In der Stadt Liestal handelt es sich im Jahr 2016 um einen Betrag von CHF 3'371.--, im Jahr 2017 um einen Betrag von CHF 10'000.-- und für das Jahr 2018 sind CHF 19'000.-- für Privatschulbeiträge veranschlagt. Dem kantonalen Bildungsbericht kann man zudem entnehmen, dass 1 Primarschüler die Gemeinde rund CHF 17'000.-- im Jahr kostet. Und so kann man ja als Gemeinde eigentlich froh sein, wenn die Kinder die Privatschulen besuchen, da dies ja schlussendlich billiger ist. Die vorgeschlagene Reglementsänderung ist der falsche Ort, damit man über den Einsatz solcher Ressourcen entscheiden kann.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass das Ratsbüro im Falle eines Eintretens auf das Geschäft dem Einwohnerrat vorschlagen würde, die Vorlage an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung zu überweisen. Zuallererst möchten sich nun aber die Fraktionen zur Eintretensfrage äussern.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, die SVP-Fraktion möchte auf das Geschäft eintreten, macht aber eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage beliebt, da es ja grundsätzlich um eine Glaubensfrage und nur die Änderung von einem einzigen Paragraphen geht.

Marianne Quensel (SP) orientiert, dass in der vorliegenden Vorlage eine konkrete Übergangslösung für die Stadt Liestal fehlt und deshalb noch differenziert werden müsste. Die SP-Fraktion hatte sich bereits bei der kantonalen Gesetzgebung gegen die neue Regelung gewehrt. Obwohl ihre Fraktion grundsätzlich davon ausgeht, dass die öffentlichen Schulen für alle Kinder die richtigen pädagogischen Kompetenzen zur Verfügung stellen, sieht man gerade beim jetzigen neuen Schulsystem, dass viele Kinder Mühe haben. Ihre Fraktion möchte deshalb beliebt machen, dass man nicht alleine die beantragte Reglementsänderung diskutiert, sondern vielleicht einmal die Betroffenheit der Liestaler-Schüler einmal anschaut und erst dann entscheidet, ob man den gleich harten Kurs wie der Kanton mit einer Reglementsänderung einschlagen möchte. Für die Privatschulbeiträge ist für das laufende Jahr ein Budget-Betrag von CHF 19'000.-- eingestellt und man muss sich schon fragen, ob man genau bei solchen Beträgen sparen möchte.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch ihre Fraktion möchte auf die stadträtliche Vorlage nicht eintreten. Sie schliesst sich den beiden Vorrednerinnen an, denn von einer Reglementsänderung dürften vor allem wieder die Schwächeren betroffen sein.

Werner Fischer (FDP) gibt bekannt, dass seine Fraktion auf das Geschäft eintreten möchte.

Bernhard Bonjour (SP) berichtet, er habe regelmässig mit Eltern zu tun, die das Geld zusammenkratzen müssen, um ihren Kindern den Besuch in einer anderen Schule finanzieren zu können. Als Einzelsprecher möchte er über seine diesbezüglich gemachten Erfahrungen informieren. Es gibt Kinder, die eine Staatsschule besuchen und denen es nicht gut geht. Oftmals leiden diese unter dem Selektions- und/oder auch Stoffdruck, weshalb sie dann in eine Krise kommen, depressiv werden oder gar psychosomatische Beschwerden bekommen. Für solche Kinder kann die Staatsschule oftmals keine Lösungen anbieten und diese können auch nicht mit Fördermassnahmen geheilt werden. In solchen Fällen braucht es eine

Kleinklasse oder ein System, wo die Kinder weniger unter Druck stehen. Diese benötigen eine pädagogische Alternativen zur Staatsschule, was auch von Ärzten, Therapeuten, Fachstellen und gar von Schulleitungen bestätigt wird. Im Zusammenhang mit der Ausstellung von Indikationen wurden Kostenübernahmen vom Kanton in den letzten drei Jahren durchgehend abgelehnt. Den Eltern wird aber meist gleichzeitig bestätigt, dass es ihrem Kind in einer anderen Schule wohl besser gehen würde. In der Folge suchen die Eltern dann Lösungen für ihr Kind bei Privatschulen, doch haben sie dann für die Schulkosten selbst aufzukommen. Das ist ja für den Staat sehr bequem und einfach, muss dieser doch in solchen Fällen keinen pädagogischen Mehraufwand erbringen und bei einem Schulwechsel haben die Eltern für die Folgekosten selbst aufzukommen. Privatschulbesuche entlasten deshalb den Staat und die Gemeinden ganz gewaltig. Der Kanton drückt sich gänzlich vor der Verantwortung in solchen Fällen und aktuell läuft eine Vernehmlassung im Zusammenhang mit der speziellen Förderung sowie Sonderschulung, wobei solche Angebote in den Privatschulen praktisch verunmöglicht werden, doch entspricht dies ja bereits der Praxis der letzten Jahre. Der kostendeckende Beitrag für Schüler einer Kleinklasse in der Privatschule beläuft sich auf rund CHF 25'000.-- pro Jahr und ist von den Eltern aufzubringen. Dieser Betrag beläuft sich bei der Staatsschule auf rund CHF 40'000.--. Sehr viele Eltern können deshalb die Schulgelder für Privatschulbesuche nicht oder wegen sehr vielen Verzichten der ganzen Familie bezahlen. Nach der Volksabstimmung vom 24. September 2017 wurde der Privatschulbeitrag von CHF 2'500.-- pro Jahr gestrichen. Die kantonale Härtefallregelung ist eine reine Augenwischerei und eine Frechheit gegenüber betroffenen Eltern. Er findet es deshalb falsch, dass die kantonale Regelung nun auch in Liestal angewendet bzw. das kommunale Reglement entsprechend angepasst werden soll. Eltern mit Kindern in einer Privatschule entlasten die Öffentlichkeit bzw. Staatsschulen, bezahlen die Schulgelder selber und werden nun mit der gesetzlichen und reglementarischen Neuregelung vom Kanton noch mehr geprügelt und diese Rücksichtslosigkeit soll nun mit der beantragten Reglementsänderung in Liestal nicht noch mehr bekräftigt werden. Beim bisherigen Beitrag Liestals von CHF 250.-- handelt es sich in Anbetracht der Gesamtkosten doch schon eher um einen symbolischen Beitrag. Mit dieser Beitragszahlung wird aber doch auch anerkannt, dass Privatschulen etwas anbieten können, was der Staat nicht tun kann. Und diese Anerkennung sowie Beitragszahlung sollte in Liestal auch möglich sein, weshalb er den stadträtlichen Antrag nicht unterstützen kann und auch den Nichteintretensantrag der Grünen Fraktion unterstützen wird.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass man sich in der Eintretensdebatte nur noch zum Eintreten auf das Geschäft äussern möchte.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass diesbezüglich keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er deshalb über das Eintreten auf das Geschäft abstimmen lässt.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bittet die Ratsmitglieder, sich nun dazu zu äussern, ob die stadträtliche Vorlage an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden oder ob das Geschäft an der heutigen Sitzung direkt beraten werden soll.

Diego Stoll (SP) meint, dass das Geschäft mit der einten bildungspolitischen Frage wohl eher von der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) und nicht von der GOR vorberaten werden müsste, wie dies vom Büro vorgeschlagen wird. Ihm ist zudem nicht klar, was es mit § 112r des Bildungsgesetzes gemäss synoptischen Darstellung auf sich hat und wie es sich mit der Übergangsfrist bzw. den Härtefällen für bisherige sowie neu betroffene Schüler verhält. Sollten diese Fragen nicht abschliessend an der heutigen Sitzung vom Stadtrat beantwortet werden können, so wäre die Frage betreffend einer Direktberatung oder Vorberatung ja wohl schnell beantwortet.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erkundigt sich beim Vorredner, ob dieser nun einen konkreten Antrag für eine Überweisung der Vorlage an die SBK gestellt habe oder nicht?

Diego Stoll (SP) bejaht die Frage des Ratspräsidenten und stellt den Antrag, dass die Vorlage an die SBK zur Vorberatung überwiesen wird.

Michael Durrer (GL) bemerkt, dass die bisherigen Voten und Fragestellungen wohl deutlich gegen eine Direktberatung der Vorlage sprechen.

Marianne Quensel (SP) hält fest, dass sich die SP-Fraktion für eine Vorberatung durch eine einwohnerrätliche Kommission ausspreche.

Stadtrat Daniel Muri äussert, auch das Liestaler-Stimmvolk hatte am 24. September 2017 mit 55 Prozent die neue Gesetzgebung gemäss Vorschlag des Kantons unterstützt, weshalb der Stadtrat auch das kommunale Reglement entsprechend anpassen möchte. Eine Vorberatung der Vorlage durch eine Kommission macht Sinn und persönlich würde er eine Überweisung an die GOR bevorzugen. Und er möchte in Abrede stellen, dass Liestal immer alles vom Kanton übernehme, denn der Stadtrat hatte in der Vergangenheit verschiedene Initiativen unterstützt, mit welchen man sich gegen die kantonale Gesetzgebung und Handhabung wehre. Zu beachten ist ebenfalls, dass auch künftig Beitragszahlungen in Härtefällen möglich sein werden.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

- ://: Mit grossem Mehr wird der Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2018/78 an eine einwohnerrätliche Kommission zugestimmt und eine Direktberatung abgelehnt.
- ://: Mit 17 Stimmen beschliesst der Rat die Überweisung der Vorlage an die SBK. Auf den Antrag für eine Überweisung an die GOR entfallen 14 Stimmen. 5 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

132 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Schiessanlage Sichertern - Zweiter Bericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2011/196)

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass vom Rat das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass sich niemand der Grünen Fraktion stellvertretend für den nicht mehr im Amt stehenden Postulanten Jürg Holinger zum städträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/196c äussern möchte.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den zweiten Bericht. Dass im zweiten Bericht keine wesentlichen neuen Erkenntnisse festgehalten werden, verwundert eigentlich nicht, wird doch der Betrieb der Schiessanlage Sichertern mit klaren Verträgen sehr gut geführt. Gemäss Bundesgesetz sind die Gemeinden für einen geordneten Schiessbetrieb verpflichtet und diese müssen die Schiessanlagen dem Militär gegen Entschädigung zur Verfügung stellen. Diese Verpflichtungen können von mehreren Gemeinden gemäss vertraglichen Abmachungen auch gemeinsam erfüllt werden. Auf der Sichertern stehen Schiessanlagen für mehrere Distanzen zur Verfügung, welche auch gepflegt werden und in einem guten Zustand sind. Vor ein paar Jahren wurde auch der Kugelfang saniert. Nebst den Schiessvereinen wird die Schiessanlage Sichertern auch von der Armee, der Zollschule und auch der Polizei beider Basel benützt. Wegen der guten Auslastung konnten auch die Nettokosten in den letzten Jahren reduziert werden. Seine Fraktion wird den städträtlichen Anträgen zustimmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zwischen dem ersten und zweiten Bericht des Stadtrates zwar fünf Jahre vergangen sind, zwischenzeitlich aber nichts passiert ist. Auch die Mittefraktion ist der Ansicht, dass die Schiessanlage ja gut funktioniert und Neuregelungen würden nur zusätzliche Kosten und einen Mehraufwand generieren. Ob die Regionalisierung im Schiesswesen ein Thema ist, entzieht sich ihrer Kenntnis. Für weitere Kosteneinsparungen würde es wohl Sinn machen, wenn das ganze Vertragsgeflecht überprüft und die Benützung der Schiessanlage mit den Vertragspartnern neu ausgehandelt würden. Auch ihre Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Michael Durrer (GL) erklärt, dass seine Fraktion den Bericht ebenfalls zur Kenntnis nehmen und der Postulatsabschreibung zustimmen wird. Das Postulat ist vor 6 Jahren eingereicht worden, die meisten Mitglieder seiner Fraktion waren damals noch gar nicht im Einwohnerrat und der Postulant ist auch schon lange nicht mehr im Amt. Der Umgang mit solchen Vorstössen durch den Stadtrat über Jahre hinweg wurde in seiner Fraktion schon auch diskutiert. Vorstösse sollten nach der Überweisung vom Stadtrat doch in einer sinnvollen Frist behandelt werden und auch der Rat sollte diese abschreiben, wenn diese erledigt sind. Nach einer Abschreibung hat der Rat dann ja auch wieder die Möglichkeit, einen neuen Vorstoss zum gleichen Thema und Geschäft einzureichen.

Stadträtin Regula Nebiker informiert, auch sie habe damals noch als Einwohnerrätin die Überweisung des Postulates an den Stadtrat unterstützt. Als Stadträtin darf sie heute feststellen, dass der Betrieb der Schiessanlage Sichertern sehr gut funktioniert. Die Anlage ist in einem sehr guten Zustand und funktioniert einwandfrei, wovon sie sich beim kürzlichen Besuch beim Banntagschiessen sowie am Tag der offenen Schiessstände in den letzten Tagen selbst überzeugen konnte. Es ist natürlich schon so, dass das Durchschnittsalter der Schützinnen und Schützen, doch sollte der Betrieb durch die Vereine auch für die nächsten Jahre gesichert sein. Die Schiessvereine haben immer wieder mit neuen Gesetzgebungen zu kämpfen und auch die Benützung durch die Armee hat in den vergangenen Jahren einige Änderungen erfahren.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die beiden stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Der Rat nimmt vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/196c einstimmig Kenntnis.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2011/196 als erfüllt abgeschrieben.

133 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Begrünung Bahnhof - Postulat „Begrünung des Bahnhofs Liestal bei bestehenden und künftigen Bauten“ von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/76)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat

Begrünung des Bahnhofs Liestal bei bestehenden und künftigen Bauten

Die Entwicklung des Bahnhofareals ist im vollen Gange. Erste Gebäude stehen, der QP Bahnhof Corso wurde von der Bevölkerung an der Urne sehr gut angenommen und die Entwicklung des Postareals wird vom Stadtrat weiter vorangebracht. Dies alles wird das Bild von Liestal positiv verändern.

Eine Betrachtung der bereits realisierten Gebäude am Bahnhof (Bahnhofplatz Nr. 11, 12, 13) zeigt, dass diese von Bevölkerung und Gewerbe gut genutzt werden. Sie zeigt aber auch, dass das Bild noch mehr Stadtgrün verträgt. Die erwähnten Gebäude (in Kombination mit den Gebäuden an der Bahnhofstrasse 6) würden mit stärker begrünten Zwischenräumen attraktiver wirken und für ein physisches wie psychisches Wohlbefinden sorgen. Im laufenden QP Bahnhofcorso wird an mehreren Stellen die Begrünung der Aussenflächen thematisiert, ist aber noch konkretisierungsbedürftig.

Nicht oder wenig begrünte Fassaden und Dächer sowie versiegelter und nicht begrünter Boden in den Zwischenräumen können an heissen Sommertagen keine Hitze absorbieren, sondern strahlen diese wieder ab. Diese unter dem Begriff „Urban Heat Island - Effekt“ bekannte Temperaturerhöhung kann gesundheitsschädigend wirken.

Eine angepasste Begrünung des gesamten Areals kann diesem negativen Temperatureffekt entgegen wirken und dazu beitragen, hier eine freundliche und einladende Begegnungszone zu gestalten. Mit wenig Mitteln könnte hier viel an Lebensqualität dazu gewonnen werden.

Die Stiftung „Natur und Wirtschaft“ hat für die Begrünung von Aussenflächen zusammen mit Wirtschaftsvertretern, Architekten, Städteplanern und Umweltschutzverbänden eine Expertise erarbeitet und ihre Standards geniessen eine hohe Akzeptanz. Die SBB hat schon mehrfach Arealentwicklungen durch die Stiftung „Natur und Wirtschaft“ zertifizieren lassen und diese Projekte als imagefördernde Aktivitäten publiziert.

Wir laden den Stadtrat ein, eine Zusammenarbeit mit der Stiftung „Natur und Wirtschaft“ zu prüfen und zusammen mit allen Beteiligten ein Konzept für die Begrünung des gesamten Bahnhofareals zu entwickeln.

Liestal, 12. März 2018

Benjamin Holinger, Grüne Fraktion

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass verschiedene Punkte für und gegen eine Überweisung des Vorstosses sprechen. Das Thema Grünflächen wird vom Stadtrat auch im Entwicklungsplan formuliert, doch müssen Grünflächen ausgerechnet am Bahnhof geschaffen werden? Gemäss neuesten Zahlen steigen rund 37'000 Personen auf dem Bahnhof ein und aus. Und die Gefahr, dass dann ausgerechnet auf diesem schmalen Streifen mit dieser hohen Frequenz noch Grünflächen in Alibiübungen geschaffen werden, ist doch sehr gross. Der Stadtrat ist bemüht, Grünräume zu schaffen. So beispielsweise im Zusammenhang mit dem QP Orisbach in der Allee, da dort auch Grünflächen und Bäume Platz haben. Das Anliegen des Postulanten ist berechtigt, doch fällt es ihm schwer, den Vorstoss gar mit Freude zu übernehmen, da Grünflächen gerade beim Bahnhof nur sehr schwer realisiert werden können. Schlussendlich entscheidet ja aber der Einwohnerrat, ob er den Vorstoss überweisen wird oder nicht.

Benjamin Holinger (GL) meint als Postulant, dass er betreffend seinem Vorstoss mit einer blumigen Vision beginnen möchte. Im Zusammenhang Bahnhofcorso hatte man sich immer dahingehend geäußert, dass es sich um ein Leuchtturmprojekt mit einer grossen Strahlkraft handle. Und so könnte ja schon alleine mit der Verwendung von grüner Farbe der Bahnhof ganzjährig etwas farbiger beleuchtet werden. Mit Einbezugnahme der Stiftung „Natur und Wirtschaft“ wäre sicher eine innovative Begrünung und bessere Strahlkraft realisierbar. Es geht nicht darum, dass man irgendwelche Retortenbäume pflanzt und dann schon nach kurzer Zeit feststellen muss, dass diese mit der Nutzung des Bahnhofareals nicht verträglich sind. Die Überweisung seines Vorstosses an den Stadtrat wäre auch keine Garantie dafür, dass nur ein einziger Baum oder ein Primeli gepflanzt würde. Nach der Überweisung seines Vorstosses könnte aber doch eine durchdachte Idee entwickelt werden, wie beim Bahnhof eine Begrünung realisiert werden könnte, welche auch langfristig verhält und mit der Nutzung verträglich ist. Und sollte es auch immer irgendwie möglich sein, einen Baum pflanzen zu können, so sollte man dies zu Gunsten der nächsten Generationen auch tun. Hingegen sollen auch keine Bäume gepflanzt werden, die zwar in einem Modell stehen, bei der Realisierung der Überbauung dann aber doch keinen Sinn machen, weil sie beispielsweise über zu wenig Platz für das Wachstum verfügen. Das Wohlbefinden sollte man in Liestal auch bereits beim Aussteigen aus dem Zug fühlen können und dafür wären die Natur sowie Grünflächen ein ideales Mittel. Auch den in seinem Vorstoss erwähnten gesundheitsschädigenden „Urban Heat Island - Effekt“ müsste unbedingt die gebührende Beachtung geschenkt werden. Mit einer innovativen Begrünung kann man für das tolle Bahnhofprojekt noch ergänzend etwas beitragen, was einzigartig ist und über die Gemeindegrenze hinaus strahlt.

Lorenz Holinger (SVP) äussert, dass die SVP-Fraktion den Vorstoss ausgiebig diskutiert habe und diese nicht grundsätzlich gegen das Anliegen des Postulanten ist. Schlussendlich habe man aber gefunden, dass das Postulat unnötig ist, denn gemäss Quartierplanvorschriften sind bei 10 % der Grundstücksfläche ökologische Massnahmen zu treffen. So werden die Dächer sicher begrünt und sicher wird sich auch ein Landschaftsarchitekt mit der Grünflächengestaltung noch detailliert befassen müssen. Bestimmt wird die Umgebung und das Areal so gestaltet, dass es allen gefällt und Sinn macht. Die SBB hat schon unzählige Bahnhöfe gebaut und schon in der Vergangenheit wohl die Anliegen des Postulanten beachtet. Solche Vorstösse und Auflagen könnten mögliche Investoren von möglichen Projekten in Liestal gar abschrecken. Das Aufbringen weiterer finanzieller Mittel und die zusätzliche Arbeitsbelastung durch die Verwaltung ist nicht nötig und aus den erwähnten Gründen wird seine Fraktion die Postulatsüberweisung einstimmig ablehnen.

Joel Bühler (SP) informiert, in der SP-Fraktion sei der Vorstoss auf grosses Wohlwollen gestossen und man wird der Überweisung des Postulates zustimmen. Auch in seiner Fraktion wird darüber diskutiert, ob der Bahnhof der richtige Ort für die Realisierung von Grünflächen sei, was vom Stadtrat ja auch in Frage gestellt wird. Die im Vorstoss erwähnte Problematik von Hitzeinseln in Betonwüsten wird in den nächsten Jahren sicher noch zunehmen und die Begrünung von Fassaden sowie Aussenflächen sind mögliche Lösungen, die etwas zur Problemminderung beitragen können. Weitere Abklärungen im Zusammenhang mit dem Postulat machen Sinn und werden von seiner Fraktion befürwortet.

Hilman Jackomuthu (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch die Mittefraktion ist der Meinung, dass das Bahnhofareal durchaus etwas mehr Stadtgrün vertragen könnte, da das Areal sicher attraktiver würde und auch zum besseren Wohlbefinden beitragen würde. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung einstimmig zustimmen.

Werner Fischer (FPD) führt aus, seine Fraktionsmitglieder werden mehrheitlich die Überweisung des Vorstosses unterstützen. Die im Vorstoss erwähnten Massnahmen dürften höchstens Massnahmen zum Mikro-Klimawandel sein, weil sich beispielsweise die Zugpassagiere vermehrt im Schatten von Bäumen usw. bewegen können. Betreffend dem erwähnten Platzmangel für Bäume sei erwähnt, dass es auch Hochstammbäume gibt, die rela-

tiv wenig Platz brauchen und dennoch ihren Zweck erfüllen können. Es ist jedoch eine Umsetzung mit Augenmass nötig.

Hanspeter Zumsteg (GL) merkt betreffend dem Stichwort Landschaftsarchitekt an, dass sich seine Fraktion bereits bei der Gestaltung und Realisierung des Emma Herwegh-Platzes dafür eingesetzt hatte, dass genügend Grünflächen geschaffen bzw. Bäume gepflanzt werden. Man hatte sich leider erfolglos dagegen gewehrt, dass dort Föhren gepflanzt werden, da diese nicht standortgerecht sind. Diese sind dann grösstenteils auch innert kurzer Zeit bereits abgestorben. Er hofft, dass sich solche Fehler trotz Anraten eines Landschaftsarchitekten nicht wiederholen und man mögliche Massnahmen wie vorgeschlagen zusammen mit der Stiftung „Natur und Wirtschaft“ prüft.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) meint, dass unser bildliches Erinnerungsvermögen ja schlecht und er ist bei kürzlich bei einem Filmvortrag über die Entwicklung Liestals schon etwas erschrocken, als man den massiven Rückgang der Biodiversität im Siedlungsgebiet feststellen musste. Auch bei der Bahnhofgebiet-Überbauung sollte deshalb von allen Beteiligten das Möglichste und Beste im Zusammenhang mit der Begrünung des Areals herausgeholt werden.

Thomas Eugster (FDP) präzisiert als BPK-Präsident, dass im Zusammenhang mit dem QP Bahnhofcorso auch die Schaffung von Grünflächen innerhalb des Perimeters diskutiert und verbindlich geregelt wurde. Die Umsetzung und Realisierung der Vorgaben muss aber sicher noch im Detail angeschaut werden und so macht es wohl schon Sinn, wenn die vom Postulanten vorgeschlagenen Abklärungen vom Stadtrat getroffen würden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, die jetzige Diskussion sei ja durchaus spannend. Der Stadtrat wehrt sich ja nicht gegen die Übernahme des Postulates und dieser hat die Schaffung sowie Erhaltung von Grünflächen ja bereits im Entwicklungsplan thematisiert. Der Trend geht in Richtung einer verdichteten Bauweise und grosse Grünflächen rund um das Eigenheim kann man sich oftmals schon wegen den Bodenpreisen gar nicht mehr leisten. Der Stadtrat ist sich sehr wohl bewusst, dass man in Liestal grüne Oasen erhalten und schaffen möchte. Er hofft, dass künftig nicht bei jedem Quartierplan noch ein Vorstoss betreffend Grünflächen im QP-Perimeter folgen wird. Die Idee des Vorstosses ist gut und der Stadtrat wird diesen prüfen und dann wieder berichten. Bezüglich den in letzter Zeit gepflanzten Bäume auf öffentlichem Areal ist einiges nicht optimal gelaufen und so sind die Betriebe sowie das Stadtbauamt bemüht, dass Bäume nicht nur auf den Plänen gut aussehen, sondern dass beispielsweise auch deren Unterhalt schon in der Planungsphase thematisiert wird.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 8 Nein-Stimme wird das Postulat Nr. 2018/76 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Stefan Fraefel

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann